

# RS OGH 1990/3/14 9ObA366/89, 10ObS183/91 (10ObS184/91), 4Ob516/94, 5Ob143/94, 3Ob502/95, 1Ob5/94, 10

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 14.03.1990

## Norm

ABGB §1489 A  
IO §43 Abs5  
ZPO §233  
ZPO §235 Abs4 C  
ZPO §411 Aa

## Rechtssatz

Der Streitgegenstand (auch "Rechtsgrund") wird durch den Entscheidungsantrag (Sachantrag) und die zu seiner Begründung erforderlichen, vorgebrachten Tatsachen (Sachverhalt) bestimmt, nicht aber durch (vorweggenommene) Repliken auf vom Beklagten eingewendete anspruchsvernichtende Tatsachen.

## Entscheidungstexte

- 9 ObA 366/89  
Entscheidungstext OGH 14.03.1990 9 ObA 366/89  
Veröff: SZ 63/43
- 10 ObS 183/91  
Entscheidungstext OGH 22.10.1991 10 ObS 183/91  
nur: Der Streitgegenstand (auch "Rechtsgrund") wird durch den Entscheidungsantrag (Sachantrag) und die zu seiner Begründung erforderlichen, vorgebrachten Tatsachen (Sachverhalt) bestimmt. (T1)  
Veröff: SSV-NF 5/107 = ZAS 1993/8 S 111 (Windisch-Graetz)
- 4 Ob 516/94  
Entscheidungstext OGH 26.04.1994 4 Ob 516/94
- 5 Ob 143/94  
Entscheidungstext OGH 31.01.1995 5 Ob 143/94  
Vgl; nur T1
- 3 Ob 502/95  
Entscheidungstext OGH 25.01.1995 3 Ob 502/95  
nur T1; Veröff: SZ 68/12

- 1 Ob 5/94  
Entscheidungstext OGH 14.07.1994 1 Ob 5/94  
Auch; nur T1
- 1 Ob 49/95  
Entscheidungstext OGH 22.11.1995 1 Ob 49/95  
Auch; nur T1; Veröff: SZ 68/220
- 5 Ob 502/96  
Entscheidungstext OGH 27.02.1996 5 Ob 502/96  
Vgl; Beisatz: Für die Beurteilung des von der Rechtskraftwirkung erfassten Streitgegenstandes sind jedoch nur jene Tatsachenbehauptungen maßgeblich, die die Begründung des erhobenen Sachantrages (Urteilsbegehrens) erforderte. Die Präklusionswirkung der materiellen Rechtskraft einer Vorentscheidung für den Folgeprozess erstreckt sich demnach auf das Vorbringen von Tatsachen, die zur Vervollständigung oder Entkräftung jenes rechtserzeugenden Sachverhalts dienten, aus dem das erste Urteilsbegehren abgeleitet wurde; die rechtskräftige Verneinung eines Anspruchs ist auf den vom Gericht zur Abweisung herangezogenen Sachverhalt - den "maßgeblichen" Sachverhalt - beschränkt. (T2)
- 3 Ob 5/97z  
Entscheidungstext OGH 29.01.1997 3 Ob 5/97z  
nur T1
- 1 Ob 2289/96s  
Entscheidungstext OGH 25.10.1996 1 Ob 2289/96s  
Auch; nur T1
- 2 Ob 535/95  
Entscheidungstext OGH 27.02.1997 2 Ob 535/95  
nur T1
- 8 ObA 149/97p  
Entscheidungstext OGH 07.08.1997 8 ObA 149/97p  
nur T1
- 1 Ob 416/97a  
Entscheidungstext OGH 28.04.1998 1 Ob 416/97a  
Auch; Beisatz: Der Streitgegenstand ist zweigliedrig. Für die Beurteilung maßgeblich ist allein das Klagevorbringen. Nicht von Bedeutung sind dagegen die Einwendungen des Beklagten. (T3)
- 8 ObA 68/99d  
Entscheidungstext OGH 15.04.1999 8 ObA 68/99d  
Vgl auch; Beisatz: Wird einer Partei auf der Grundlage eines bestimmten rechtserzeugenden Sachverhaltes ein Anspruch rechtskräftig zuerkannt, kann der Gegner in einem Folgeprozess zwischen denselben Parteien (hier: im fortgesetzten Verfahren über weitere Ansprüche) dem rechtskräftig zuerkannten Anspruch nicht mit anspruchsvernichtenden Tatsachen entgegentreten, die in dem für die Vorentscheidung maßgeblichen Zeitpunkt bereits entstanden waren, aber nicht ausgeführt wurden. (T4)
- 3 Ob 182/99g  
Entscheidungstext OGH 28.06.1999 3 Ob 182/99g  
Auch; nur T1
- 8 ObA 239/99a  
Entscheidungstext OGH 08.06.2000 8 ObA 239/99a  
Auch; Beis ähnlich T4; Beisatz: Unterlassene Repliken auf Einwendungen des Beklagten können nicht zur Begründung einer neuen Klage herangezogen werden. (T5)
- 6 Ob 295/00a  
Entscheidungstext OGH 22.02.2001 6 Ob 295/00a  
Auch; nur T1
- 10 ObS 83/02g  
Entscheidungstext OGH 22.10.2002 10 ObS 83/02g  
Auch; nur T1

- 6 Ob 157/04p  
Entscheidungstext OGH 15.12.2004 6 Ob 157/04p  
Auch; Beis wie T2
- 9 ObA 127/05z  
Entscheidungstext OGH 30.09.2005 9 ObA 127/05z  
Auch
- 4 Ob 118/07t  
Entscheidungstext OGH 10.07.2007 4 Ob 118/07t  
nur T1
- 10 Ob 11/08b  
Entscheidungstext OGH 01.04.2008 10 Ob 11/08b  
nur T1
- 4 Ob 171/09i  
Entscheidungstext OGH 20.10.2009 4 Ob 171/09i  
Auch
- 5 Ob 17/10a  
Entscheidungstext OGH 11.02.2010 5 Ob 17/10a  
Vgl auch; Beis ähnlich wie T2; Beis ähnlich wie T4; Bem: Wohnrechtliches Außerstreitverfahren. (T6)
- 2 Ob 243/09p  
Entscheidungstext OGH 06.05.2010 2 Ob 243/09p  
nur T1; Auch Beis wie T3 nur: Der Streitgegenstand ist zweigliedrig. (T7)
- 7 Ob 207/10g  
Entscheidungstext OGH 15.12.2010 7 Ob 207/10g  
Auch
- 7 Ob 194/10w  
Entscheidungstext OGH 15.12.2010 7 Ob 194/10w  
Auch
- 6 Ob 3/11a  
Entscheidungstext OGH 28.01.2011 6 Ob 3/11a  
nur T1; Beis wie T7
- 8 Ob 99/10g  
Entscheidungstext OGH 25.01.2011 8 Ob 99/10g  
Vgl; nur T1; Beis ähnlich wie T7
- 1 Ob 220/10z  
Entscheidungstext OGH 25.01.2011 1 Ob 220/10z  
Vgl auch; nur T1; Beis wie T7
- 8 Ob 110/10z  
Entscheidungstext OGH 25.01.2011 8 Ob 110/10z  
Vgl; nur T1; Beis ähnlich wie T7
- 6 Ob 247/10g  
Entscheidungstext OGH 28.01.2011 6 Ob 247/10g  
nur T1; Beis wie T7
- 5 Ob 7/11g  
Entscheidungstext OGH 26.05.2011 5 Ob 7/11g  
Auch; nur T1; Beis wie T7
- 7 Ob 116/11a  
Entscheidungstext OGH 06.07.2011 7 Ob 116/11a  
Auch; Beis ähnlich wie T2; Beis ähnlich wie T4
- 6 Ob 218/11v  
Entscheidungstext OGH 13.10.2011 6 Ob 218/11v  
Auch; nur T1; Beis wie T7

- 4 Ob 144/11x  
Entscheidungstext OGH 22.11.2011 4 Ob 144/11x  
Auch; Beisatz: Stützt der Kläger sein Begehren auf alternative Sachverhaltsvarianten, liegen zwei Ansprüche vor, die ua verjährungsrechtlich getrennt zu beurteilen sind. (T8)
- 2 Ob 53/12a  
Entscheidungstext OGH 28.03.2012 2 Ob 53/12a  
Vgl; nur T1; Beis wie T7
- 3 Ob 189/12h  
Entscheidungstext OGH 19.12.2012 3 Ob 189/12h  
Auch
- 5 Ob 50/13h  
Entscheidungstext OGH 06.06.2013 5 Ob 50/13h  
Vgl auch; Beis wie T7
- 3 Ob 133/13z  
Entscheidungstext OGH 29.10.2013 3 Ob 133/13z  
nur T1
- 8 ObA 53/14y  
Entscheidungstext OGH 25.11.2014 8 ObA 53/14y  
Auch; nur T1
- 3 Ob 112/15i  
Entscheidungstext OGH 17.09.2015 3 Ob 112/15i  
Auch; Beis wie T8
- 5 Ob 133/15t  
Entscheidungstext OGH 22.03.2016 5 Ob 133/15t  
Vgl auch; Beis wie T8; Beisatz: Der Grundsatz, dass dann, wenn der Kläger sein Begehren alternativ auf verschiedene Sachverhaltsvarianten stützt, in Wahrheit selbständige Ansprüche vorliegen, die auch verjährungsrechtlich getrennt zu beurteilen sind, gilt als solcher auch für Ansprüche wegen fehlerhafter Anlageberatung. Voraussetzung für eine solche gesonderte verjährungsrechtliche Anknüpfung eines von mehreren Beratungsfehlern ist, dass der behauptete Beratungsfehler tatsächlich als eine eigenständige den geltend gemachten Anspruch begründende Pflichtverletzung zu qualifizieren ist. Die Beurteilung, ob die mangelhafte oder fehlende Aufklärung über einen Umstand eine eigenständige, von anderen abgrenzbare Pflichtverletzung oder bloß ein Aspekt und unselbständiger Bestandteil einer einzigen Pflichtverletzung ist, hat in erster Linie nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu erfolgen. Weist die unterbliebene Aufklärung über einen Umstand einen engen inhaltlichen Bezug zu einer ebenfalls unterbliebenen oder fehlerhaften Aufklärung über einen anderen Umstand auf, rechtfertigt es dieser Zusammenhang, beide Aufklärungsfehler zu einem einheitlichen Beratungsfehler zusammenzufassen. Es liegen dann nicht mehrere getrennte, sondern nur ein einheitlicher Beratungsfehler mit einzelnen verschiedenen Aspekten vor. Die Eigenständigkeit einer Pflichtverletzung kann sich (aber auch) aus den äußeren Umständen ergeben, wenn die fehlerhafte Beratung auf mehreren selbständigen Handlungen beruht und daher nicht mehr als ein einheitlicher Lebensvorgang anzusehen ist. (T9)
- 8 ObA 61/15a  
Entscheidungstext OGH 15.12.2015 8 ObA 61/15a  
Auch; Beisatz: Nach der herrschenden, aus § 226 ZPO abgeleiteten zweigliedrigen Streitgegenstandstheorie wird der prozessuale Begriff des Streitgegenstands durch den Entscheidungsantrag (Sachantrag) und die zu seiner Begründung erforderlichen, vorgebrachten Tatsachen (rechtserzeugender Sachverhalt) bestimmt. (T10)
- 3 Ob 145/16v  
Entscheidungstext OGH 22.09.2016 3 Ob 145/16v  
Auch; nur T1
- 10 Ob 57/16d  
Entscheidungstext OGH 25.04.2017 10 Ob 57/16d  
Vgl auch; Beis wie T8

- 6 Ob 118/16w  
Entscheidungstext OGH 07.07.2017 6 Ob 118/16w  
Vgl; Beis wie T8; Beis wie T9 nur: Der Grundsatz, dass dann, wenn der Kläger sein Begehren alternativ auf verschiedene Sachverhaltsvarianten stützt, in Wahrheit selbständige Ansprüche vorliegen, die auch verjährungsrechtlich getrennt zu beurteilen sind, gilt als solcher auch für Ansprüche wegen fehlerhafter Anlageberatung. Voraussetzung für eine solche gesonderte verjährungsrechtliche Anknüpfung eines von mehreren Beratungsfehlern ist, dass der behauptete Beratungsfehler tatsächlich als eine eigenständige den geltend gemachten Anspruch begründende Pflichtverletzung zu qualifizieren ist. (T11)  
Beisatz: Hier: Hinsichtlich der Verjährung ist das Unterbleiben einer erforderlichen Aufklärung über „Weichkosten“ im Verhältnis zum Risiko des Totalverlusts grundsätzlich nicht als eigener abgrenzbarer Aufklärungsfehler zu qualifizieren. (T12)
- 8 Ob 109/16m  
Entscheidungstext OGH 29.06.2017 8 Ob 109/16m  
Vgl; Beis wie T8; Beis wie T11
- 3 Ob 139/17p  
Entscheidungstext OGH 30.08.2017 3 Ob 139/17p  
Auch; Beisatz: Hier: Vorweggenommene Anfechtungseinrede begründet keine Zuständigkeit des Insolvenzgerichts gemäß § 43 Abs 5 IO. (T13)
- 7 Ob 95/17x  
Entscheidungstext OGH 29.11.2017 7 Ob 95/17x  
Vgl; Beis wie T8; Beisatz: Das Unterbleiben einer erforderlichen Aufklärung über „Weichkosten“ im Verhältnis zur Aufklärung über das Risiko des Totalverlusts grundsätzlich nicht als eigener Aufklärungsfehler zu qualifizieren, da erhebliche „Weichkosten“ die Werthaltigkeit des Investments beeinflussen (so schon 6 Ob 118/16w). (T14)  
Beisatz: Erwirbt der Anleger bereits aufgrund von Aufklärungsfehlern über die Natur der Veranlagung und einem damit einhergehenden Totalverlustrisiko ungewollt eine Kommanditbeteiligung, dann ist eine allenfalls unrichtige Aufklärung über die damit verbundene konkrete Beendigungsmöglichkeit kein eigener abgrenzbarer Aufklärungsfehler. (T15)
- 2 Ob 26/17p  
Entscheidungstext OGH 14.12.2017 2 Ob 26/17p  
Auch
- 9 Ob 65/17z  
Entscheidungstext OGH 30.01.2018 9 Ob 65/17z  
Auch; Beis wie T8
- 1 Ob 141/17t  
Entscheidungstext OGH 15.11.2017 1 Ob 141/17t  
Veröff: SZ 2017/130
- 4 Ob 94/17b  
Entscheidungstext OGH 22.03.2018 4 Ob 94/17b  
Auch; Beis wie T8; Beis wie T9; Beis wie T14; Veröff: SZ 2018/23
- 5 Ob 68/18p  
Entscheidungstext OGH 18.07.2018 5 Ob 68/18p  
Vgl auch
- 8 Ob 11/19d  
Entscheidungstext OGH 26.02.2019 8 Ob 11/19d  
nur T1
- 8 ObA 78/18f  
Entscheidungstext OGH 25.03.2019 8 ObA 78/18f  
Beisatz: Es steht den Parteien frei, den Umfang des Rechtsstreits zu bestimmen.  
mit Beisatz: Im Verfahren über ein auf eine mangels Verständigung des Betriebsrats iSd§ 105 Abs 1 ArbVG unwirksame Kündigung gestütztes Begehren auf Feststellung des aufrechten Bestands des Dienstverhältnisses, in dem der Arbeitgeber Einwendungen bloß hinsichtlich der Eigenschaft des Arbeitnehmers als leitender

Angestellter erhebt, ist die Rechtswirksamkeit einer später ausgesprochenen Eventualkündigung (zum selben Termin) daher nicht zu beurteilen. (T16)

- 

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)